

Ziel der Investitionen ist nicht lediglich eine konstante Versorgung mit den Rohstoffen, sondern zugleich die Sicherung der Position Chinas als ‚global player‘ im Energiesektor.¹⁰⁷ Neben Erdöl, sind auch Bergbau, Fischerei, Holz, die verarbeitende Industrie sowie Infrastrukturausbau wichtige Sektoren.¹⁰⁸

Chinesischen Angaben zufolge wäre China 2006 bereits der drittgrößte Direktinvestor auf dem Kontinent gewesen, laut UNCTAD (=United Nations Conference on Trade and Development) sind dies aber immer noch Europäische Staaten, etwa Großbritannien und Frankreich.¹⁰⁹ Diese Diskrepanz ist durch die ungenaue statistische Unterscheidung zwischen FDI (=Foreign direct investment), Entwicklungszusammenarbeit und Handelskrediten erklärbar, die allesamt unter FDI gefasst werden. Das Ergebnis ist eine positive Perzeption Chinas als Großinvestor in Afrika, die von offizieller Seite so gezielt gestützt wurde.¹¹⁰ Insgesamt tragen die Handelsbeziehungen zwischen China und Afrika, aufgrund der tendenziell einseitigen Profitchancen, die aus Sicht Chinas auf die Sicherung zu Rohstoffen und Absatzmärkten für eigene Produkte dienen, tatsächlich kolonialistische Züge.¹¹¹ Obwohl sich vor dem Hintergrund globalisierter Wirtschaftszusammenhänge eine internationale Arbeitsteilung entwickelt hat, die sich im Falle dieser Beziehung in unterschiedlicher - und vielfach tatsächlich komplementärer Ausstattung mit Ressourcen, Kapital und Arbeitskräften äußert -, ist der Handelsaustausch in diesem Fall unausgewogen. Chinesische Billigprodukte zerstören afrikanische Märkte während die Exportabhängigkeit, insbesondere rohstoffreicher Staaten, verschärft wird.¹¹²

6. Hintergründe: Politische Interessen Chinas

Die wirtschaftlichen Interessen Chinas sind mit einer politischen Strategie verknüpft: Ökonomischer Erfolg steht auch für Machtansprüche auf internationaler Ebene, die durch ein Auftreten als modernes, ökonomisch starkes China, das sich so auch im internationalen Kampf um

¹⁰⁷ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 22.

¹⁰⁸ Vgl. Perret (2006), S. 8.

¹⁰⁹ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 26.

¹¹⁰ Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 27.

¹¹¹ Vgl. Dieter (2008), S. 9.

¹¹² Vgl. Dieter (2008), S. 13.

Macht eine kompetitive Position sichern kann und will, demonstriert wird.¹¹³ Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika fördert die chinesische Regierung deshalb mit einem breiten Instrumentarium an außenpolitischen Mitteln, die auch im Weißbuch chinesischer Afrikapolitik niedergelegt sind.¹¹⁴ Die politischen Beweggründe Chinas lassen sich wie folgt zusammenfassen: Bezüglich der internationalen Beziehungen, verspricht sich China eine Unterstützung in internationalen Foren, Parteigänger in der Taiwan-Frage und nicht zuletzt auch stärkere Machtposition auf der politischen Weltbühne.¹¹⁵

6.1. Afrika als Verbündeter in internationalen Foren

Für die internationale Politik stellt China einen Schulterchluss für gegenseitige Unterstützung in Aussicht: „China will strengthen cooperation with Africa in the UN and other multilateral systems by supporting each other's just demands and reasonable propostions (...).¹¹⁶“ Tatsächlich ist auch hier die chinesische Bereitschaft zur Zusammenarbeit fragil und wird im Zweifelsfall zugunsten des eigenen Nutzens aufgegeben.

Die Teilnahme Chinas an internationalen Institutionen erfordert internationale Unterstützung für die Durchsetzung der eigenen Interessen. Zwar kann lediglich den Einzelstaaten Nigeria und Südafrika politisches Gewicht auf der Weltbühne eingeräumt werden, allerdings stellt die Gesamtheit der afrikanischen Staaten gemeinsam ein Viertel aller Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen dar.

Im Gegenzug bietet China afrikanischen Staaten als Gegenleistung für Handelsbeziehungen, besonders im Rohstoffbereich, seine Unterstützung auf internationaler Ebene, explizit in Verbindung mit seinem Vetorecht im UN-Sicherheitsrat, an. In den Vereinten Nationen nutzt China sein Vetorecht als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat, entgegen der offiziellen Rhetorik, nicht um als verantwortungsvoller internationaler Akteur aufzutreten, sondern gibt im Falle Afrika eigenen Interessenlagen den Vorzug. Ein Beispiel ist die Vetoposition Chinas im Falle der

¹¹³ Vgl. Jiabao (2007), S. 2.

¹¹⁴ Vgl. Taylor, (2009), S. 1.

¹¹⁵ Vgl. Tull (2005), S. 6.

¹¹⁶ Ministry of Foreign Affairs of the People Republic of China (2006), S. 3

Sanktionen für das Unterdrückungsregime in Sudan.¹¹⁷ Im Schulterschluss mit Zimbabwe arbeitete China in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen daran Resolutionen abzuwehren, die beide Staaten aufgrund von Menschenrechtsverletzungen getroffen hätten.¹¹⁸ Insbesondere hebt China dabei die Aussicht auf eine Süd-Süd-Kooperation hervor, die für beidseitige Parallelen zwischen Entwicklungs- und Schwellenländern stehen soll, um sich abseits westlicher Interessen gemeinsam zu organisieren.¹¹⁹ Eigentlich als Partnerschaft konzipiert, ist diese aber nur solange an chinesische Loyalität geknüpft, bis sich nicht eine andere, bessere Lösung zur Interessenverwirklichung auftut.

Bereits in elf Fällen konnte die VRCh so Sanktionen gegen Menschenrechtsverletzungen in der Menschenrechtskommission der UNO verhindern. Ebenso spielten afrikanische Stimmen bei Chinas Beitritt zur WTO (=World Trade Organisation) und, nach eigenen Angaben, auch bei der Vergabe der Olympischen Spiele 2008 und Weltausstellung 2010 eine entscheidende Rolle.¹²⁰ Auch in diesem Punkt ergeben sich historische Rückgriffmöglichkeiten: 1971 erhielt die VRCh anstelle des pro-westlichen Taiwan den ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, das diesen zuvor seit 1949 innehatte. Von 76 Stimmen, die sich in der Generalversammlung für die VRCh aussprachen, waren 26 afrikanische Staaten. Bereits damals konstruierte Mao Zedong eine Komplizenschaft zu afrikanischen und asiatischen Staaten, die sich für die VRCh ausgesprochen hatten.¹²¹

Im Zweifel zeigt sich aber die Fragilität chinesischer Loyalität gegenüber den afrikanischen ‚Partnern‘: Die Delegation der afrikanischen Union wollte den Klimagipfel in Kopenhagen dazu nutzen, auf die besonders hohen Schäden der Klimaerwärmung in Afrika aufmerksam zu machen. Zuvor hatte China seine Loyalität zugesagt, fusionierte im Endeffekt aber stattdessen mit anderen Schwellenländern (Brasilien, Südafrika, Indien) zur sogenannten BASIC-Gruppe, die im Gegenzug für finanzielle Hilfe durch entwickelte Länder eine Reduktion in der Treibhausgasemission anbot.¹²² Insgesamt scheint sich auch bezüglich Chinas Positionierung in den internationalen Beziehungen eine Bedeutungsverschiebung weg von bilateralen Koalitionen hin zu einer verantwortungsbewussteren Einbindung in die Entscheidungsforen der internationalen Beziehungen abzuzeichnen. So enthielt es sich 2009 einem Votum für Sanktionen gegen Eritrea,

¹¹⁷ Vgl. Taylor (2009), S. 91.

¹¹⁸ Vgl. Taylor (2009), S. 104.

¹¹⁹ Vgl. Dieter (2008), S. 5

¹²⁰ Vgl. Tull (2007), S. 4.

¹²¹ Vgl. Perret (2006), S. 2.

¹²² Vgl. Africa-Asia Confidential (2010): A year to mend broken promises, S. 2.

statt den afrikanischen Verbündeten mit seinem Veto zu unterstützen.¹²³ Dieser Schulterchluss auf internationaler Ebene ist insgesamt trotzdem als negativ einzuordnen. So werden antidemokratische Regime in Afrika ebenso gestützt wie Menschenrechtsverletzungen in Afrika und China selbst. Zudem handelt es sich bei dieser Verbindung nicht um eine Partnerschaft mit gegenseitigen Verpflichtungen, denn China kündigt seine Loyalität im Fall anderer Möglichkeiten zur Interessenverwirklichung umgehend auf.

6.2. Unterstützung beim ‚Ein-China-Prinzip‘

„The consistent policy of China is to obstruct Taiwan's relations in the world community and maintain that ‚China‘ including Taiwan (...).“¹²⁴ Ein zentraler Dreh- und Angelpunkt chinesischer Außenpolitik ist das ‚Ein-China-Prinzip‘.¹²⁵ Es beeinflusst Chinas Handeln auf internationaler Ebene maßgeblich. Chinas Taiwan-Strategie beruht auf verschiedenen Instrumentarien, zu denen auch die Einbindung afrikanischer Staaten zählt.

Seit 1949 bildet der Kampf um diplomatische Anerkennung das Kernstück der Taiwanpolitik der VRCh.¹²⁶ In dieser Konkurrenz hat sich bis heute Beijing erfolgreich durchgesetzt und eine Marginalisierung Taiwans auf internationaler Ebene erreicht. Bis heute hält Taipeh lediglich Beziehungen zu kleinen Staaten.

Im Augenblick unterhält Taiwan mit nur 23 Staaten vollständige diplomatische Beziehungen, darunter die vier afrikanischen Staaten Malawi, Burkina Faso, Swasiland, São Tomé und Príncipe.¹²⁷ Die machtpolitischen Mittel Beijings diese Strategie weiter zu verfolgen finden sich in der eigenen Wirtschaftsstärke und dem Veto als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat, welches als letzte Thrumphkarte, mit der es andere, ökonomisch erfolgreiche oder ambitionierte Staaten, davon abhält, Beziehungen zu Taipeh aufzubauen.

¹²³ Vgl. Africa-Asia Confidential (2010): A year to mend broken promises, Januar 2010, S. 2.

¹²⁴ Vgl. Taylor, (2009), S. 28.

¹²⁵ Nach einer langen Bürgerkriegsphase zwischen Kommunisten und nationalistischen Konservativen um die Vorherrschaft im Land siegten 1949 die Kommunisten. Die Konservativen um Chinag Kai Shek mussten daraufhin ins Exil nach Taiwan gehen. Bis heute trägt das Land den Namen ‚Republik China‘ - die ursprüngliche Bezeichnung Chinas vor dem Sieg der Kommunisten. Vgl. Heberer (2003), S. 22.

¹²⁶ Vgl. Taylor (2009), S. 27.

¹²⁷ Vgl. Taylor (2009), S. 28.

Dieser Mechanismus greift auch in Afrika.¹²⁸ Als in den 80er Jahren China sein Engagement in Afrika reduzierte, wandten sich prompt einige Staaten - Liberia, Lesotho, Guinea Bissau, Zentralafrika, Burkina Faso, Gambia, Senegal, São Tomé und Príncipe und Chad - verstärkt Taiwan zu.¹²⁹ Dieser Vorgang verdeutlicht, dass das Ein-China-Prinzip auch seitens Afrika ein geeigneter Handelsgegenstand ist und ein Druckmittel gegenüber China verkörpert. Einige Staaten nutzten das ‚Ein-China-Prinzip‘ als Chance, sich eine Machtposition an der Seite Chinas zu sichern und erkannten später, im Zuge verstärkten Engagements Chinas auf dem Kontinent, wiederum statt Taiwan China an: Lesotho (1994), Niger (1996) Zentralafrika und Guinea Bissau (1998), Südafrika (1998), Senegal (2005) und Chad (2006).

Damit ist die Taiwan-Strategie ein wichtiges Interessengebiet der VRCh bezüglich ihrer Afrikapolitik, denn die einzige Bedingung Chinas für Partnerschaften, Kredite und Entwicklungshilfezuweisungen ist die Anerkennung des ‚Ein-China-Prinzips‘: „The One-China principle is the political foundation for the establishment and development of China's relations with African countries and regional organizations.“¹³⁰ Im Gegenzug ist es auch ein Druckmittel für afrikanische Staaten.

7. Chinesische Entwicklungszusammenarbeit

Hinsichtlich der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung Afrikas verspricht das chinesische Strategiepapier: „China supports African countries' endeavour for economic development (...) and carries out cooperation in various forms in the economic and social development (...).“¹³¹ China präsentiert sich folglich als beispielhaftes Vorbild eines Schwellenlandes und deshalb als bester Partner für Afrika. Bereits in der Struktur chinesischer Entwicklungszusammenarbeit ergeben sich aber grundsätzliche Risiken für Nehmerländer. Am Beispiel des ‚Angola-Modes‘ zeigt sich, wie China die Verbindung zwischen eigenen wirtschaftlichen Interessen und Bedarfslagen der afrikanischen Partner schafft, und welche Risiken dieses Konzept für afrikanische Staaten bergen kann.

¹²⁸ Vgl. Taylor (2009), S. 28.

¹²⁹ Vgl. Perret (2006), S. 3.

¹³⁰ Vgl. Ministry of foreign Affairs of the People's Republic of China (2006), S. 2.

¹³¹ Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (2006), S. 2.